

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

F/XXIII/177

Bonn, den 18. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Schwerpunkt Gesellschaftspolitik 92

Blick auf das Jahr 1969

3 Alle Macht für den Innenminister? 39

Umstrittener Polizei-Organisationsgesetzentwurf in Schleswig-Holstein

4 - 5 Bewegung im Hochschulwesen der DDR 104

An dem "Klassenauftrag" der Wissenschaft in Mittelddeutschland  
wird sich nichts ändern

6 Alle warten auf eine Chance 37

Viele Spanier wollen in die Bundesrepublik  
Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

\* \* \*

\*

Schwerpunkt Gesellschaftspolitik

Blick-auf das Jahr 1969

ler - Zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien gibt es keine Streitfragen über den Weg deutscher Außenpolitik. Das ist ein Gewinn für die Bundesrepublik Deutschland. Nicht immer war es so. In den frühen 50-iger Jahren beherrschte die oft mit Leidenschaft geführte Auseinandersetzung über den einzuschlagenden Kurs der Deutschland- und Außenpolitik die Gemüter, es kam im Bundestag zu großen Redeschlachten, wie sie seitdem das Parlament nicht mehr erlebte. Die Außenpolitik ist kein Thema mehr, das sich zum innenpolitischen Schlagabtausch eignet. Keine Partei kann hier Sonderrezepte aufweisen. Einzelgänger in einer Partei bilden die Ausnahme. Sie stoßen sich an den Realitäten.

Das bedeutet nun freilich nicht, daß die Wahlen zum 6. deutschen Bundestag das Stigma der Langeweile tragen werden. Das Gegenteil wird der Fall sein, es wird recht munter zu gehen, an Stoff für sachliche Auseinandersetzungen zwischen den Parteien wird es nicht fehlen.

Fragen der Gesellschaftspolitik und damit der besseren Absicherung unseres Hauses stehen schon heute im Vordergrund aller Überlegungen und zwingen die Parteien zur Stellungnahme, zum Wettstreit - und dies unbeschadet des Vorhandenseins der Großen Koalition. Der soziale Rechtsstaat ist ja kein Endzustand. Er bedarf in Zeiten fast revolutionärer Veränderungen in Staat und Gesellschaft der ständigen Korrektur. Da gibt es große Lücken aufzufüllen und einen Nachholbedarf zu vollziehen. Daß der Arbeiter im Krankheitsfall bis heute keine Lohnfortzahlung wie der Angestellte erhält, entspricht nicht dem Geist des Grundgesetzes, es verstößt gegen das Gleichheitsprinzip. Noch in dieser Legislaturperiode wird die sozialdemokratische Bundestagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Bundestag vorlegen und auf seine baldige Verabschiedung drängen.

Die materiellen Voraussetzungen für seine Verwirklichung sind durchaus gegeben. Es geht in der Wirtschaft wieder allenthalben nach oben. Für jene Klein- und Mittelbetriebe, für die die Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfalle eine schwere Belastung bedeutet, lassen sich Lösungen finden. Bundeswirtschaftsminister Schiller hat sie schon angedeutet.

Das Gebot sozialer Gerechtigkeit und seine Übertragung auf die Gesellschaftspolitik war für die deutsche Sozialdemokratie schon immer der bestimmende Leitsatz ihres Wirkens; unter diesem Gesetz ist sie in die Geschichte unseres Volkes eingetreten und hat in einem mehr als hundertjährigen Kampf die Sozial- und Gesellschaftspolitik Deutschlands geprägt. Von der Sozialdemokratie kamen die

entscheidenden gesellschaftspolitischen Initiativen. Von ihr - und den Gewerkschaften - kommt auch der Anstoß, die paritätische Mitbestimmung, wie sie seit 1951 in der Kohle- und Montan-Industrie mit Erfolg praktiziert wird, auch auf die anderen Bereiche der Großindustrie zu übertragen. Hier werden sich im Bundestag und in der Öffentlichkeit die Geister scheiden. Die Gegner einer erweiterten Mitbestimmung verfügen über mächtigen Einfluß. Sie waren sogar imstande, der CDU Ketten anzulegen. Diese große Partei hat noch nicht die Kraft zu einer eigenen Entscheidung in dieser gesellschaftspolitisch so bedeutsamen Frage entwickelt. Für die SPD ist dies kein Wahlschlager. In ihrem Godesberger Programm (1959) heißt es:

- \* "Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im
- \* Kohlenbergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Gesell-
- \* schaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmungsver-
- \* fassung für die Großwirtschaft weiterzuentwickeln."

Der Nürnberger Parteitag im März 1968 beauftragte die SPD-Bundestagsfraktion, im Bundestag durch einen Gesetzentwurf über die Erweiterung der Mitbestimmung initiativ zu werden. Es bedarf keiner großen Phantasie, um nicht schon heute voraussagen zu können, daß eben dieser Entwurf und seine parlamentarische Behandlung mit ein Kernpunkt im Bundestagswahlkampf 1969 sein wird.

Dies trifft wohl auch für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu. Hier sind beide großen Parteien dabei, ein Problem anzugehen, dessen explosiver Gehalt niemandem verborgen sein kann, der sich Gedanken über die allzu unterschiedliche Vermögensbildung seit Bestehen der Bundesrepublik macht. Die Kirchen beider Konfessionen haben in verschiedenen Denkschriften auf diese offene Wunde hingewiesen; es fehlt also nicht an der Diagnose, jetzt kommt es auf die Therapie an. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand bleibt kein akademisches Thema mehr, sie ist von brennender Aktualität und es wird des Schweißes der Edlen auf der Suche nach praktikablen Lösungen bedürfen. Allerdings: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist kein Ersatz für die erweiterte paritätische Mitbestimmung. Beides sind gleichzuwertende Aufgaben einer an der Zukunft orientierten aufgeschlossenen Gesellschaftspolitik.

Herbert Wehner hat einmal gesagt, die kommenden Bundestagswahlen werden die politischsten seit 1945 sein. Seine Voraussage wird sich erfüllen. Unser Haus in Ordnung zu halten, es zu modernisieren, die Bedingungen, unter denen unsere Industriegesellschaft lebt, so zu gestalten, daß sie vor den Anforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte bestehen kann, die Verwirklichung und Vermenschlichung der Demokratie in allen Bereichen - dies erwartet das Volk von den demokratischen Parteien. Daran werden sie gemessen. Rechts von der Sozialdemokratie stehen die Kräfte der Beharrung in vielen Bereichen der Gesellschaftspolitik in der Vorhand, sie scheuen sich vor notwendigen Reformen, sie sind oft an partikuläre Interessen gebunden, was sie daran hindert, das Ganze zu sehen. Sie werden bei den Sozialdemokraten einen Herausforderer finden und gezwungen sein, auf dem Boden sachlicher Auseinandersetzung sich zu stellen. Für die weitere Festigung unserer Demokratie und für die klare politische Bewußtseinsbildung in unserem Volk kann dies nur gut sein.

+ + +

### Alle Macht für den Innenminister?

#### Unstrittener Polizei-Organisationsgesetzentwurf in Schleswig-Holstein

nn. - Der Kieler Innenminister Dr. Hartwig Schlegelberger (CDU) hat dem Landtag von Schleswig-Holstein einen Gesetzentwurf über die Organisation der Polizei zugeleitet und sofort haben sich die Gewerkschaft der Polizei und der SPD-Landtagsabgeordnete Gerhard Strack, stellvertretender Parteivorsitzender und Experte für Polizeifragen, gegen diesen Entwurf des Ministers gewandt. Schlegelberger möchte das Polizei-Organisationsgesetz vom Dezember 1952 ablösen. Dagegen ist nichts zu sagen. Aber es läuft jetzt offenbar darauf hinaus, daß dem Landtag die Kontrolle über die Polizei von Schleswig-Holstein noch weiter entzogen und alle Macht den Ministerialräten in Schlegelbergers Innenministerium zugeschanzt werden soll. Jedenfalls nimmt der Gesetzentwurf keine Rücksicht auf die seit Jahren von der Opposition vorgetragenen Vorstellungen über eine Demokratisierung der Polizei.

Die Polizeigewerkschaft wünscht, ein Polizei-Organisationsgesetz sollte sehr eindeutig die Organisation der Polizei offenlegen. Davon kann nach ihren Worten bei dem Ministerentwurf keine Rede sein. Der Abgeordnete Strack hat dem hinzugefügt: "Die demokratische Verpflichtung für eine Regierung besteht darin, daß sie dem Parlament Entwürfe vorzulegen hat, in die das demokratische Prinzip bereits eingearbeitet ist".

In der Tat steht der Start des Polizei-Organisationsgesetzes unter einem schlechten Stern. Bevor der Minister mit dem Gesetzentwurf herauskam, schaffte er bereits in seinem Hause eine Abteilung für öffentliche Sicherheit und Ordnung. Erstaunlicherweise wurde in diese Abteilung die Polizei mit dem Amt der Zivilverteidigung und der Katastrophenabwehr verschmolzen. Das neue Schutzpolizeiamt wurde sozusagen angehängt. Es läuft auf eine heimliche, unkontrollierte Machtergreifung des Innenministers hinaus, wenn nach dem Organisationsplan dem Polizeireferat die Aufgaben Völkerecht, Evakuierungsvorbereitung, Fluchtlenkung, Umquartierung und Objektschutz zugewiesen werden.

Mit dem Hinweis auf den Artikel 33 der Landéssatzung von Schleswig-Holstein muß Dr. Schlegelberger aufgefordert werden, ein neues, besseres Polizeiorganisationsgesetz vorzulegen. Darin muß die Organisationsgliederung der Polizei und die Zuständigkeit der einzelnen Ämter festgelegt sein. Die Zuständigkeit der Polizeibeiräte ist so wiederherzustellen, wie es bis 1952 der Fall war. Die Regierung darf nicht ermächtigt werden, Hilfspolizeibeamte einzustellen.

+ + +

## Bewegung im Hochschulwesen der DDR

An dem "Klassenauftrag" der Wissenschaft in Mitteldeutschland  
wird sich nichts ändern

KWF - Vor wenigen Tagen zogen die mitteldeutschen Studenten wieder in die Hörsäle ihrer Hochschulen und Universitäten ein. Die Ferien sind zu Ende: Am 2. September begann das zehntonatige Studienjahr 1968/69. Überall freilich fanden sie mehr oder minder veränderte Studienverhältnisse vor, denn auch in der DDR steht die Erneuerung der akademischen Lehre und Forschung auf der Tagesordnung. Das Stichwort "Hochschulreform" ist in Ost-Berlin, Greifswald oder Leipzig so aktuell wie in West-Berlin, Hamburg oder München. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, in der sich Weg und Ziel der Hochschulreform erst in einer geistig-politischen Auseinandersetzung unter Wahrung aller akademischen Freiheit herauskristallisieren müssen, versteht sich die Hochschulreform im anderen Teil Deutschlands allerdings als ein von der SED gesteuerter und kontrollierter Prozeß.

Vergleiche wären auch sonst ziemlich verfehlt, da heute in der DDR ein Hochschulwesen existiert, das sich von demjenigen in der Bundesrepublik in seiner Konzeption wie in seiner Struktur grundlegend unterscheidet. Mehr als zwei Jahrzehnte kommunistischer Bildungs- und Wissenschaftspolitik ließen in Mitteldeutschland ein gegenwärtig sieben Universitäten und mehr als drei Dutzend Hochschulen umfassendes System entstehen, in dem fachlich-wissenschaftliche Qualität und politisch-ideologische Überfremdung eine merkwürdige und höchst widerspruchsvolle Einheit bilden.

### Beachtliche akademische Reserven erschlossen

Dabei sind die Reformen, die 1945/46 mit der "Demokratisierung" der Hochschulen und Universitäten eingeleitet wurden, und die sich 1951 in dem Durchbruch zur "sozialistischen Universität" fortsetzten, nicht immer nur negativ zu werten. Durch die Schaffung der "Arbeiter- und Bauernfakultäten" und durch großzügige Stipendien wurden unbestreitbar beachtliche akademische Reserven erschlossen. Im Verhältnis zur Bevölkerung liegt die Zahl der Studierenden in der DDR heute höher als in der Bundesrepublik. Andererseits führten politische Auslese Kriterien für Studenten jahrelang zu einem "sozialistischen Bildungsmonopol", das begabte junge Menschen nur deshalb vom Studium ausschloß, weil sie "bürgerlicher" Herkunft waren. Nicht minder folgenschwer wirkte sich jene doktrinaire Engstirnigkeit aus, die den Marxismus-Leninismus zur verbindlichen Weltanschauung in Lehre und Forschung erhob und so mehr als 1 000 Hochschullehrer seit 1950 zur Flucht nach dem Westen trieb. Die Reglementierung schließlich aller Universitäten und Hochschulen durch ein 1951 gebildetes Staatssekretariat für Hochschulwesen, aus dem im vergangenen Jahr das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen hervorging, sowie durch die Abteilung Wissenschaft im Zentralkomitee der SED, beseitigte jedwede Autonomie im universitären Raum. In diesen beiden Schaltstellen des Regierungs- und Parteiapparates werden auch heute wieder die Weichen der "dritten Hochschulreform" gestellt.

Ausgangspunkt der jüngsten Bestrebungen ist das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965, das die Universitäten und Hochschulen der DDR verpflichtet, "wissenschaftlich hochqualifizierte und sozialistisch bewußte Persönlichkeiten zu bilden und zu erziehen, die fähig und bereit sind, den Prozeß der immer tieferen Durchdringung der Produktion, der Kultur und aller

anderen Bereiche der sozialistischen Gesellschaft mit den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft bewußt zu gestalten und verantwortliche Tätigkeiten zu übernehmen".

### Studienreform

Was hier in der hölzernen Sprache des Gesetzes zusammenfassend definiert wird, hat in einem für die erstrebten Veränderungen in Lehre und Forschung, Leitung und Organisation des Hochschulwesens richtungsweisenden Papier seinen Niederschlag gefunden. Es wurde auf der IV. Hochschulkonferenz der SED am 3. Februar 1967 als "Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik" beschlossen. Jenseits aller politisch-ideologischen Verbrämung läuft sein Programm darauf hinaus, alle Studienplätze praxisbezogen zu reformieren und die wissenschaftliche Forschung auf die hauptsächlichsten Erfordernisse der Volkswirtschaft zu orientieren. Es geht, anders gesagt, auch in der DDR im wesentlichen darum, Universität und Hochschule wirksam in die moderne Industriegesellschaft einzupassen und für die Aufgaben der Zukunft zu rüsten. Eine Veränderung in der Universitäts- und Hochschulverfassung liegt darin eingeschlossen.

Die Modernisierung des Studiums in der DDR sieht eine generelle Verkürzung der Studienzeit vor und den Übergang zu einer Vier-Phasen-Ausbildung, die zwischen dem Grund- und Fachstudium sowie dem Spezial- und Forschungsstudium unterscheidet. Die Reform der Universitäts- und Hochschulverfassung, die Schritt für Schritt verwirklicht wird, läßt sich am Modell der Ostberliner Humboldt-Universität am ehesten demonstrieren: An Stelle des akademischen Senats der Universität werden dem Rektor ein "gesellschaftlicher Rat" und ein "wissenschaftlicher Rat" beigegeben. Während der nach Fachgruppen unterteilte wissenschaftliche Rat für wissenschaftliche Probleme zuständig ist und akademische Grade verleiht, wird der gesellschaftliche Rat, in dem auch nicht zur Universität gehörige Kräfte vertreten sind, gleichsam als politische Entscheidungs- und Kontrollinstanz tätig.

### Parteilichkeit der Wissenschaft

Wichtiger noch als dieser Umbau in der Universitätsspitze ist die Bildung sogenannter Sektionen. Bei ihnen handelt es sich um wissenschaftliche Großeinheiten in Lehre und Forschung, die durch Zusammenlegung geeigneter wissenschaftlicher Institute und durch interfakultative Gemeinschaftsarbeit so viel wissenschaftliches und materielles Leistungsvermögen aufbringen, daß sie in den volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Wissenschaftszweigen wirksamere Erfolge als bisher erzielen. Die SED glaubt, in diesen Sektionen einen Weg gefunden zu haben, der aus dem Dilemma aller modernen Wissenschaft herausführt, in dem die heute unerläßliche, immer tiefere Spezialisierung mit dem Zusammenwirken verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen praxisnah verbunden wird. An der Humboldt-Universität entstehen zum Beispiel 25 Sektionen - darunter die Sektionen Kybernetik und Operationsforschung, Marxismus-Leninismus, Mathematik, Physik, Chemie, Gartenbau, Tierproduktion und Veterinärmedizin, Kunst- und Kulturwissenschaften.

Noch ist die "dritte Hochschulreform" der DDR nicht abgeschlossen, ihr Stand ist an den verschiedenen Universitäten und Hochschulen höchst unterschiedlich, und vieles verrät noch stark experimentellen Charakter. Wie immer ihre Ergebnisse aber sein werden - eines ist heute schon sicher: An dem "Klassenauftrag", an der Parteilichkeit des Wissenschaftlers in Mitteldeutschland wird sie nichts ändern.

### Alle warten auf eine Chance

---

Viele Spanier wollen in die Bundesrepublik

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Mitten im Herzen der spanischen Hauptstadt bietet sich neuerdings wieder ein Bild aus vergangenen Tagen. Dichte Menschentrauben warten vor der Madrider Verbindungsstelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, die spanischen Stellenbewerbern jederzeit mit Auskunft, Rat und Tat zur Verfügung steht und seit dem 1. Januar schon wieder 23 000 spanische Stellensuchende als "Keuzugänge" führt. Alle warten auf eine Chance, in der Bundesrepublik mit ihrem höheren Lohnniveau einen guten Arbeitsplatz zu erhalten.

"Jeden Tag kommen nicht nur mehr spanische Interessenten, auch die deutsche Industrie schickt immer mehr Anforderungen," erklärte ein Sprecher dieses Verbindungsbüros. Gegenwärtig können 3 000 Spanierinnen einen Arbeitsplatz in Deutschland finden sowie 7 000 spanische Facharbeiter. Ungelernte Arbeitskräfte sind nicht mehr gefragt, was schon vor über einem Jahr der Leiter der spanischen Auswanderungsbehörde, Miguel García de Sáez, richtig vorausgesehen hatte. Es fiel auf, daß spanische Facharbeiter von der deutschen Wirtschaftsflaute so gut wie überhaupt nicht betroffen wurden. Nur Hilfsarbeiter und angelernte Kräfte waren überzählig geworden, Tausende von ihnen fluteten zurück nach Spanien.

Die deutsche Industrie muß ihren Facharbeiterbedarf auch im Nachbarland Portugal decken, denn in Spanien beginnt gleichfalls ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung und Facharbeiter werden mit der Zeit wieder rar. Die spanischen Gastarbeiter sind für ihre Heimat nicht nur Devisenbringer, die mit einem Großteil ihrer Löhne die in Spanien verbliebenen Familienangehörigen unterstützen. Spanien profitiert in mehrfacher Hinsicht: Für die mitreisenden Gastarbeiter-Kinder brauchen im Lande keine Schulen gebaut werden, sie erhalten in Deutschland kostenlos eine gute Schulbildung. Die Arbeiter, die den Weg in die Bundesrepublik antreten, kehren von dort oft als bewährte Spezialisten und nicht selten als vollausgebildete Techniker zurück. Die Ausbildungskosten trägt die Bundesrepublik, Spanien spart dabei erhebliche Gelder und profitiert von dem in Deutschland erworbenen Können und Wissen der Gastarbeiter, die zudem noch den spanischen Arbeitsmarkt entlasten und mit ihren Spargeldern den einheimischen Wohnungsbau finanzieren helfen. Die deutsche Industrie zieht zweifellos Nutzen aus den als fleißig gerühmten spanischen Gastarbeitern. Spanien, das wird oft übersehen, profitiert ebenfalls davon.